

Leerstehende Wohnungen. Vom Wohnungsamte der Stadt Wien wird mitgeteilt: Im Monat Mai ist der Stand der leerstehenden Wohnungen auf 789, oder 0'142 % des gesamten Wohnungsbestandes, gegen 883 oder 0'159 % im April zurück gegangen. Von den ausgewiesenen leerstehenden Wohnungen entfallen auf die Gruppe der Kleinwohnungen 657 (0'162 % aller Kleinwohnungen), der kleineren Mittelwohnungen 71 (0'136 % aller kleineren Mittelwohnungen), der grösseren Mittelwohnungen 36 (0'052 % aller grösseren Mittelwohnungen) und der grossen Wohnungen 25 (0'088 % aller grossen Mittelwohnungen). Die Zahl der leerstehenden Geschäftslokale betrug im Berichtsmonate 4796 gegen 5021 im Monat April. Die Besucherzahl erreichte im Mai mit 3409 bisher ihre grösste Höhe. 3422 Wohnungen und Geschäftslokale wurden im Laufe des Monats revidiert. -Bezüglich der Lage am Wohnungsmarkte wäre im allgemeinen zu bemerken, dass obwohl ein neuerlicher Rückgang der leerstehenden Wohnungen eingetreten ist, der Rückgang eine Hemmung erfahren hat, da von April auf Mai die leerstehenden Wohnungen sich nur im 94 verringert haben, während von März auf April der Rückgang 181 betrug. In verschiedenen Bezirken ist bei einzelnen Wohnungskategorien ein geringer Zuwachs zu verzeichnen. Die Verordnung vom 28. März d.J., laut welcher Räumlichkeiten, die bisher Wohnzwecken gedient haben, nur aus wichtigen Gründen diesen Zwecken entzogen werden dürfen, hat zweifellos einen günstigen Einfluss auf die Einschränkung der Wohnungsverringering ausgeübt. Die Gesamtlage ist unverändert.

Städtische Kunstpflege. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hierhammer zwei Oelgemälde des bekannten Altwiener Malers I.M.Neder für die städtischen Sammlungen anzukaufen.

Prämien für Schrebergärtner. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hierhammer für besonders zweckmässige und eifrige Bearbeitung von Schrebergärten 750 Prämien im Betrage von je 10 Kronen zu bewilligen. Solche Prämien wurden auch schon in den vorhergegangenen 3 Jahren ausgesetzt und sie haben wesentlich dazu beigetragen, das Schrebergartenwesen in seiner Entwicklung zu unterstützen. Für den Wettbewerb kommen wie in den Vorjahren nur Vereinigungen von Schrebergärtnern, gemeinnützige Anstalten oder Stiftungen, welche Schrebergärten unterhalten, nicht aber einzelne Grundpächter oder Unternehmer unmittelbar in Betracht. Um eine Grundlage für die Aufteilung der Preise zu gewinnen, werden die Schrebergartenvereinigungen soweit sie nicht bereits vom Wohnungsamte der Stadt Wien schriftlich darum ersucht wurden, aufgefordert, bis längstens 28. d.M. an das Wohnungsamt der Stadt Wien, 8. Bezirk Schmidgasse 18 das Vereinsstatut und die Gartenordnung einzusenden und die Zahl der dem Vereine angehörenden Schrebergärtner, die Anzahl und das durchschnittliche Ausmass der bebauten Einzelgärten, sowie den Umfang und Erfolg des Kartoffel und Gemüsebaues bekanntzugeben.

Ad Obmännerkonferenz. Der nachstehende Bericht ist in der zweiten Ausgabe der Korrespondenz nach dem ersten Absatz im Berichte über die Obmännerkonferenz einzufügen.

Magistratsrat Dr. Rosskopf führte aus: Ich habe in der letzten Obmänner - Konferenz am 7. Juni ausgeführt, dass der Uebergang von der alten zur neuen Ernte noch in keinem der 4 Kriegsjahre ein so schwieriges Problem darstellte wie im laufenden Wirtschaftsjahre. Ich habe aber des weiteren hinzufügen können, dass nach den wiederholten Versicherungen des Ernährungsamtes durch den Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wenigstens papiermässig die Möglichkeit bestünde, über diese schwierige Situation hinwegzukommen.

Deutschland hat sich bekanntlich in einem vor einigen Wochen abgeschlossenen Staatsvertrage verpflichtet, die Mehlerzeugung Oesterreichs, sowohl was den Zivil- als den Heeresbedarf betrifft, bis 15. d.M. beziehungsweise 15. August zu übernehmen gleichgiltig ob durch Zuschübe aus der Ukraine oder aus Rumänien oder aus den eigenen Reservbeständen.

Deutschland, das bislang den übernommenen Vertragsverpflichtungen jederzeit korrekt nachgekommen ist, ist nun aus noch nicht ganz aufgeklärten Ursachen mit der Ablieferung des Tageskontingentes im Rückstande geblieben, so dass nach einer offiziellen Mitteilung des Ernährungsamtes derzeit von Deutschland 2000 Waggons Mehl - davon 1000 Waggons für die Zivilverwaltung - überhaupt nicht an Oesterreich-Ungarn angeliefert wurden. Während bis ungefähr 8. d.M. die Zuschübe an Getreide ziemlich planmässig vor sich gingen, ist in der letzten Woche eine auch vom Ernährungsamte nicht vorausgesehene Stagnation eingetreten, so dass das Ernährungsamt am Freitag der vergangenen Woche vor folgender Situation stand: Für die Woche vom 16. bis 22. d.M. wären dem Ernährungsamte für ganz Oesterreich 420 Waggons zur Verfügung gestanden. Da Wien bisher vorzugsweise beliefert wurde, ebenso auch die grossen Industrie-

bezirke, so hätte sich nach Abzug dieses Bedarfes per 360 Waggons nur mehr ein Rest von 60 Waggons ^{noch} ergeben, welche für ganz Oesterreich mit Ausnahme der vorgenannten Plätze hätten verwendet werden können. Das Ernährungsamt hat die nach der Sachlage erforderlichen Verfügungen sofort mit aller Beschleunigung getroffen. Es gingen dringende Depeschen an die deutsche Heeresleitung und die massgebenden Stellen in Berlin. Es folgten diplomatische Aktion ^{en} durch unseren Botschafter in Berlin und bei der hiesigen deutschen Regierungsvertretung. Erklärungen der deutschen Regierung über den Abschub von Mehl- oder Getreide - Mengen liegen bis zur Stunde nicht vor.

Oesterreich ist nach dem vorher zitierten Staatsvertrage aus dem selbstständigen Aufbringungssystem in der Ukraine und Bessarabien ausgeschaltet, nach Mitteilungen des Ernährungsamtes aus den jüngsten Tagen hatte die Aufbringung auch der deutschen Behörden in diesen Ländern nicht den gewünschten Erfolg. Dazu kommt, dass in den letzten Wochen, in welchen in Wien die volle Brotquote zur Verabfolgung kam, die Provinz derart vernachlässigt werden musste, dass in manchen politischen Bezirken nach Zeitungsmeldungen wochenlang weder Brot- noch Kochmehl verabreicht werden konnte. Die sich daraus ergebenden Nachrichten über die Haltung der Bevölkerung in den in Mitleidenschaft gezogenen

Bezirken stellte das Ernährungsamt vor die zwingende Notwendigkeit, die Provinz wenigstens teilweise mitzuversorgen. In den letzten Tagen hat sich insbesondere die Situation in Prag und Galizien, sowie in Brünn zugespitzt. Die Regierung wurde daher vor die Alternative gestellt, entweder Wien weiter mit der vollen Brotmehlquote zu bedenken und die Provinz zu vernachlässigen oder aber von dem für Wien bestimmten Brotmehlquantum einen Teil zur Versorgung der Bezirke in Böhmen, Mähren und Galizien zu verwenden, um auf diese Weise eine Störung des Eisenbahnbetriebes und damit auch eine Unterbindung der Approvisionierungszufuhren zu verhindern.

In dieser trostlosen Situation hat die Regierung den letzteren Weg eingeschlagen und sich entschlossen, die Brotquote in Wien auf die Hälfte zu kürzen. Diese Nachricht, welche die Stadtverwaltung wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf, hat ein Vertreter des Ernährungsamtes ^{am Samstag} um 6 Uhr abends dem Bürgermeister hinterbracht und im Auftrage von Exzellenz Paul auch mit dem soeben dargelegten Momenten begründet. Der Bürgermeister hat gegenüber dem Vertreter des Ernährungsamtes die Erklärung abgegeben, dass er als Stadtoberhaupt diese Mitteilung nicht zur Kenntnis nehmen könne, weil sie unter den herrschenden schwierigen Ernährungsverhältnissen

den Opfermut der Bevölkerung vor die schwerste Probe stellt und eine Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung von der Stadtverwaltung nicht übernommen werden kann. Neuerdings hat der Vertreter des Ernährungsamtes unter Betonung der schwierigen Situation, in welcher sich das Ernährungsamt befindet, an die Mitwirkung der Gemeindeverwaltung appelliert, um die Folgen dieser durch die Not aufgezwungene Verfügung zu lindern. Die vom Bürgermeister verlangte Aufforderung an Ungarn, in dieser kritischen Lage Oesterreich beizuspringen, wurde als aussichtslos bezeichnet, weil nach den Versicherungen des am Freitag der Vorwoche anwesenden ungarischen Ernährungsministers auch Ungarn nur unter Inanspruchnahme der letzten Reserven das Auslangen bis zur Einbringung der neuen Ernte finden könnte. Ebenso musste die Bitte des Bürgermeisters, Hülsenfrüchte vom Ernährungsamte zur Ausgabe zu erhalten, vom Vertreter des Ernährungsamtes abschlägig beschieden werden, da auch die wiederholt von der Gemeinde verlangten Hülsenfrüchte für momentane Aushilfen an die Provinz abgegeben werden. Der Bürgermeister hat sofort in einer dringenden Depesche die Intervention des Bürgermeisters Dr. Bedy der Schwesterstadt Budapest mit der Bitte angerufen, der Gemeinde Wien Mehl oder Hülsenfrüchte beizustellen, er hat in derselben Weise auch an General Ludendorff, dem die Verfügung über die Lebensmittelvorräte Deutschlands zusteht, um sofortige Entsendung von Mehlschüben aus Deutschland deponiert.

All das vermag aber über den momentanen Notstand nicht hinwegzuhelfen. Ein tragisches Geschick will es, dass die Gemeindeverwaltung, welche seit Novem aber des vergangenen Jahres unablässig die Regierung auf den Ernst der Mehlerzeugung aufmerksam machte, konkrete Vorschläge zur Abhilfe erstattete und die Kürzung der Brotquote schon

in einem viel früheren Zeitpunkte befürchtete, nun vor die Tatsache gestellt ist, dass einige Wochen vor der Einbringung der neuen Ernte der staatliche Ernährungsdienst hinsichtlich der Brotversorgung einem momentan äusserst schwierigen Problem gegenübersteht. Der Bürgermeister hat - wie so oft - auch in dieser ersten Stunde die Obmänner der im Gemeinderate vertretenen Parteien berufen zu müssen erachtet, weil die schier unterträgliche Ernährungssituation der Wiener Bevölkerung vielleicht vor die grösste Kraftprobe gestellt wird und es nicht abzusehen ist, welche schwerwiegenden Folgen, die auch die Lage an den Fronten ^{ist} und Stimmung unserer Feinde beeinträchtigen können; diese Massnahme der Regierung nach sich

ziehen wird. Die Bevölkerung Wiens wird die Verkürzung der Brotquote auch als ein umso schlimmeres Zeichen unserer verfehlten inneren Politik auffassen, als Wien für seinen beispiellosen Opfermut mit einer neuerlichen Verminderung der ohnedies unzureichenden Brotration bestraft wird und die hierdurch ersparten Mengen nach Böhmen, Mähren und Galizien zur Ablieferung kommen.

Eine Intervention des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner am gestrigen Sonntag beim Ministerpräsidenten und ^{beim} Ernährungsminister Paul zur Hintanhaltung dieser Massnahmen blieb leider ergebnislos.

Bezirksratssitzungen. In den nächsten Tagen halten nachstehende Bezirksvertretungen Sitzungen: Leopoldstadt am 20. um 5 Uhr nachmittags, Wieden am 18. um 5 Uhr nachmittags, Margareten am 24. um 5 Uhr nachmittags, Währing am 21. um 5 Uhr nachmittags und Brigittenau am 27. um 5 Uhr nachmittags.

Abgabe von Margarine. Die Ausgabe der für die Woche vom 9. bis 15. Juni bestimmten Margarine wird, soweit sie nicht schon zur Abgabe gelangt ist, in den ersten Tagen der laufenden Woche erfolgen. Die Butterausgabe für diese Woche wird bei allen Abgabestellen mit Donnerstag, 20. beginnen.